# „Brücken bauen für Frieden, Gerechtigkeit und die Menschenwürde“

*Aufruf der Vorsitzenden der Katholischen Bischofskonferenzen von Kanada, Frankreich, Deutschland, Großbritannien, Italien, Japan und den USA, unterstützt vom Präsidenten der Kommission der Bischofskonferenzen der Europäischen Union (COMECE) anlässlich des G7-Gipfels*

Anlässlich des G7-Gipfels 2026 in Frankreich wenden sich die Vorsitzenden der Bischofskonferenzen der G7-Länder mit einer gemeinsamen Erklärung an die Staats- und Regierungschefs, die vom Evangelium und von der Soziallehre der Kirche inspiriert ist. Vor dem Hintergrund bewaffneter Konflikte, geopolitischer Spaltung, einer Krise des Multilateralismus, wachsender Ungleichheit, von Klimaumwälzungen und rasantem technischem Wandel bekräftigen wir, dass die Würde eines jeden Menschen die Grundlage jedweder politischen und ökonomischen Führung bleiben muss. Die G7-Staaten tragen eine besondere Verantwortung für das Gemeinwohl. Die von ihnen getroffenen Entscheidungen haben direkte Auswirkungen auf die weltweite Bevölkerung, auf die internationale Stabilität sowie auf die Zukunft der jüngeren Generationen.

**Mit diesem Aufruf möchten wir, die Vorsitzenden der Bischofskonferenzen in den G7-Mitgliedsstaaten, als Hirten unserer Kirchen und als Jünger Jesu Christi die Fähigkeit unserer Kirchen zum Dialog, zur Vermittlung und zur Unterstützung der Schwächsten in den Dienst des Friedens und der internationalen Gemeinschaft stellen.**

## 1. Stärkung des Multilateralismus und der Vorrang des Völkerrechts

Angesichts wachsender geopolitischer Spannungen und der fortschreitenden Aushöhlung der internationalen Ordnung **rufen wir die G7-Staaten dazu auf, ihr Bekenntnis zu einem echten Multilateralismus, verankert im Völkerrecht, sowie zur Zusammenarbeit zwischen den Nationen und zur Achtung der Menschenwürde zu bekräftigen.**

Dauerhafter Frieden kann nicht allein durch die Logik der Machtpolitik, Wettrüsten oder Kräftemessen garantiert werden. Internationale Institutionen bleiben unabdingbar, um Konflikten vorzubeugen, die Zivilbevölkerung zu schützen und Frieden zwischen den Völkern zu fördern. Die G7-Länder müssen dabei helfen, diese Institutionen zu stärken, damit sie dem weltweiten Gemeinwohl besser dienen können.

**Wir rufen die G7-Mitgliedsstaaten dazu auf, den Weg zu weisen zur Versöhnung zwischen den Völkern durch Dialog, Diplomatie und gegenseitigen Respekt**. Die Konflikte, unter denen derzeit die Ukraine, das Heilige Land, der Sudan sowie der Südsudan, der Osten der Demokratischen Republik Kongo, der Sahel und so viele andere Regionen dieser Welt leiden, machen uns deutlich, wie dringend ein erneuertes Bekenntnis zum Frieden erforderlich ist.

Wir bekräftigen ebenso, wie wichtig es ist, das humanitäre Völkerrecht einzuhalten, die Zivilbevölkerung zu schützen, die Religionsfreiheit zu bewahren und die Würde von Kriegsgefangenen und Flüchtlingen zu achten. Kinder, Familien und religiöse Minderheiten sind oft die ersten Opfer von Konflikten: Ihr Schutz muss absolute Priorität haben.

Kirchen und religiöse Gemeinschaften können dabei helfen, Vertrauen wieder aufzubauen, die durch Krieg Verwundeten zu begleiten und die gesellschaftlichen und moralischen Voraussetzungen für dauerhaften Frieden zu schaffen. Durch ihre Präsenz vor Ort, ihren humanitären Einsatz und ihre Fähigkeit, Brücken zwischen Völkern zu bauen, bleibt die katholische Kirche ein glaubwürdiger Partner für Frieden und Dialog.

## 2. Den Menschen in den Mittelpunkt der Entwicklung und der internationalen Solidarität stellen

Die jüngsten Kürzungen in der öffentlichen Entwicklungshilfe in mehreren G7-Staaten sind Anlass zu tiefer Besorgnis. Während der Bedarf an humanitärer Unterstützung weltweit wächst, sehen Millionen von Menschen ihren Zugang zu Nahrungsmitteln, Gesundheitsversorgung, Bildung und Schutz beeinträchtigt. **Wir rufen die G7-Staaten dazu auf, ihr Bekenntnis zu internationaler Solidarität und zu einer gleichberechtigten Partnerschaft mit den Ländern des Globalen Südens zu bekräftigen.** Entwicklungspolitik muss sich vor allem auf Armutsbekämpfung, Ernährungssicherheit, Bildungszugang und Gesundheit sowie den Schutz der Schwächsten konzentrieren.

Wir ermutigen die Menschen zudem, einander aufmerksamer zuzuhören. Denn der Aufbau von Frieden, Gerechtigkeit und internationaler Brüderlichkeit hängt von der Fähigkeit ab, konkrete Prozesse, Formen des Dialogs und der Teilhabe zu entwickeln, die eine echte Kultur der Begegnung ermöglichen.

Die Ziele für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen müssen ein gemeinsamer Bezugsrahmen bleiben. Wir ermutigen die Industrieländer, die Entwicklungsfinanzierung im Einklang mit ihren internationalen Verpflichtungen aufrechtzuerhalten und sicherzustellen, dass die Kosten neuer strategischer Prioritäten nicht von den am stärksten benachteiligten Bevölkerungsgruppen getragen werden.

Internationaler Handel und ökonomische Partnerschaften, besonders im Bereich kritischer Mineralien und natürlicher Ressourcen, müssen auf Gerechtigkeit, der Achtung der Rechte der lokalen Bevölkerung, menschenwürdigen Arbeitsbedingungen und Umweltschutz beruhen. Entwicklung darf nicht auf der Ausbeutung von Menschen oder der irreversiblen Schädigung unseres „gemeinsamen Hauses“ (Papst Franziskus) gründen.

**Wir rufen außerdem zu einer stärkeren internationalen Zusammenarbeit auf im Kampf gegen organisierte Kriminalität, Menschenhandel, illegalen Handel, Korruption und illegale Finanzströme, die Gesellschaften untergraben und Gewalt schüren.**

In diesem Zusammenhang erinnern wir daran, dass eine repressive Reaktion allein nicht ausreicht. Der Kampf gegen Drogenhandel und kriminelle Netzwerke erfordert effektive, gerechte Rechtssysteme, die die Menschenwürde achten, sowie das Bewusstsein einer kollektiven Verantwortung, auch innerhalb der Gesellschaften, in denen diese Drogen konsumiert werden.

## 3. Schutz von Kindern und Jugendlichen im digitalen Zeitalter

Technologischer Wandel und die rasante Entwicklung von künstlicher Intelligenz eröffnen neue Möglichkeiten in Bildung, Gesundheit und im Wissensaustausch. Gleichzeitig bergen diese Innovationen ein signifikantes Risiko, insbesondere für Kinder und Jugendliche.

**Wir rufen die G7-Regierungen und Technologieunternehmen dazu auf, klare internationale Regeln festzulegen, sodass neue Technologien den Menschen und dem Gemeinwohl dienen.**

Ein solcher Aufruf zu menschlicher und demokratischer Gestaltung von künstlicher Intelligenz folgt dem jüngsten Lehrschreiben von Papst Leo XIV. In seiner Enzyklika schreibt er: „KI zu entwaffnen bedeutet, sie der Logik des bewaffneten Wettbewerbs zu entziehen, der heute nicht mehr nur militärischer, sondern auch wirtschaftlicher und kognitiver Natur ist. Bei diesem Wettrennen geht es um den leistungsfähigsten Algorithmus und die größte Datenbank, um einen geopolitischen oder kommerziellen Vorsprung gegenüber allen anderen zu festigen. Entwaffnen bedeutet, diese Gleichsetzung von technischer Macht und dem Recht zu herrschen aufzubrechen. Entwaffnen bedeutet nicht, auf die Technologie zu verzichten, sondern zu verhindern, dass sie den Menschen beherrscht. Es bedeutet, sie Monopolen zu entziehen, sie hinterfragbar und anfechtbar und damit lebensfreundlich zu machen, sie der Vielfalt menschlicher Kulturen und Lebensweisen zurückzugeben. Die Aufgabe ist heute nicht nur ethischer oder technischer Natur: Sie ist ökologisch im radikalsten Sinne, denn sie betrifft eine neue Dimension unseres gemeinsamen Hauses. KI ist bereits eine Umwelt, die uns umgibt, und eine Macht, mit der wir uns auseinandersetzen müssen. Daher reicht es nicht aus, sie zu regulieren: Sie muss entwaffnet und lebensfreundlich gemacht werden.“[1]

Diese Gedanken laden uns dazu ein, künstliche Intelligenz nicht als ein Werkzeug zu verstehen, sondern als eine Umgebung, die bereits menschliche Beziehungen, den Zugang zu Wissen, die Ausübung von Freiheiten sowie die demokratische Teilhabe beeinflusst. Daher muss ihre Regulierung auf das Gemeinwohl, auf Gerechtigkeit, Transparenz und Inklusion hin ausgerichtet sein.

Künstliche Intelligenz muss unter menschlicher Kontrolle bleiben und durch klare ethische Prinzipien geleitet sein. Technologische Innovationen dürfen niemals zur Entmenschlichung sozialer Beziehungen oder zur Automatisierung von Entscheidungen führen, die menschliches Leben betreffen. Wir unterstützen den Aufruf des Heiligen Stuhls für eine ethische Regulierung künstlicher Intelligenz und für eine erhöhte Wachsamkeit hinsichtlich der militärischen Nutzung autonomer Systeme.

**Wir ermutigen außerdem die G7-Staaten, die Erziehung zum Dialog, zur Achtung religiöser und kultureller Unterschiede sowie zu einer sinnstiftenden Pädagogik zu fördern, als Sauerteig für eine friedliche Zukunft.**

## 4. Gemeinsame Verantwortung übernehmen für die Schöpfung und für Flüchtlinge

Die globale ökologische Krise wirkt sich überproportional auf die Ärmsten und zukünftige Generationen aus. Klimakatastrophen, Zersetzung von Ökosystemen, Wasserknappheit und Ernährungsunsicherheit verstärken soziale Spannungen und Vertreibung.

**Wir rufen die G7-Staaten dazu auf, sich zu mutigen und überprüfbaren Maßnahmen zu verpflichten, um einen gerechten ökologischen Wandel zu beschleunigen, die Emission von Treibhausgasen zu reduzieren, erneuerbare Energien auszubauen and die vom Klimawandel am meisten bedrohten Länder zu unterstützen.**

Der Schutz unseres „gemeinsamen Hauses“ ist nicht nur eine ökologische Notwendigkeit, sondern auch eine Frage der Gerechtigkeit. Die am meisten industrialisierten Länder tragen eine besondere Verantwortung angesichts der Höhe ihres Ressourcenverbrauchs und ihres historischen Beitrags zur globalen Erwärmung.

Wir rufen außerdem in Erinnerung, dass Migranten und Flüchtlinge jederzeit mit Würde aufgenommen werden müssen unter gleichzeitiger Beachtung der legitimen Verantwortung der Staaten, das Gemeinwohl zu schützen. Diejenigen, die vor Krieg, Verfolgung, Armut oder Klimakatastrophen fliehen müssen, dürfen nicht als Bedrohung betrachtet werden. Sie sind unsere Brüder und Schwestern in der Menschlichkeit.

[1] Papst Leo XIV.: *Magnifica humanitas – über die Bewahrung des Menschen im Zeitalter der Künstlichen Intelligenz,* 110 (Rom 2026).

Kardinal Jean-Marc Aveline, Erzbischof von Marseille, Vorsitzender der Französischen Bischofskonferenz

Kardinal Tarcisio Isao Kikuchi, Erzbischof von Tokyo, Vorsitzender der Japanischen Bischofskonferenz

Kardinal Matteo Maria Zuppi, Erzbischof von Bologna, Vorsitzender der Italienischen Bischofskonferenz

Paul Coakley, Erzbischof von Oklahoma City, Vorsitzender der Bischofskonferenz der Vereinigten Staaten

Richard Moth, Erzbischof von Westminster, Vorsitzender der Bischofskonferenz von England und Wales

Pierre Goudreault, Bischof von Sainte-Anne-de-la-Pocatière, Vorsitzender der Kanadischen Bischofskonferenz

John Keenan, Bischof von Paisley, Vorsitzender der Schottischen Bischofskonferenz

Heiner Wilmer, Bischof von Hildesheim, Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz

*Mit der Unterstützung von*
Mariano Crociata, Bischof von Latina-Terracina-Sezze-Priverno, Präsident der Kommission der Bischofskonferenzen der Europäischen Union